

Günter Benser

Die Ulbricht-Ära

Anmerkungen zu einem neuen Buch von Siegfried Prokop¹

Siegfried Prokop hat ein Buch vorgelegt, in dem „Probleme“ der DDR-Geschichte behandelt werden. Das berechtigt ihn, mit den Proportionen seiner Untersuchung historischer Ereignisse und Prozesse etwas großzügig umzugehen und sich auf Themen zu konzentrieren, zu denen er geforscht und etwas zu sagen hat. Er wendet sich vor allem jenen Entwicklungsphasen zu, in denen sich in besonderem Maße die Widersprüche häuften, die Auseinandersetzungen zwischen der offiziellen Politik und bestimmten Teilen der DDR-Bevölkerung wie auch innerhalb der SED scharf hervortraten. Insofern ist diese Publikation, wie der Titel ausweist, eben keine Geschichte der DDR, sondern eine auf Probleme dieser Geschichte fokussierte Darstellung. Dessen sollte sich der Leser immer bewusst sein.

Als Probleme der DDR-Geschichte werden mithin auch diskussionswürdige Standpunkte vorgetragen. Diesem Ansatz möchte auch der Rezensent folgen und sich auf jene Passagen konzentrieren, die ihm besonders informativ und zur Debatte anregend erscheinen. Im Buch bildet Prokops spezielles Forschungsgebiet Intelligenz sowie Kultur- und Wissenschaftspolitik einen deutlich erkennbaren Schwerpunkt, auf den aber hier nicht näher eingegangen werden kann.

In seiner Einleitung äußert sich der Autor zu den von Vertretern unterschiedlicher historischer Schulen unternommenen Versuchen, das Wesen der DDR-Gesellschaft zu definieren. Er weist die Formel von den in einander übergehenden „zwei Diktaturen“ (der faschistischen und der kommunistischen) wie überhaupt einseitig auf politische Merkmale abhebende Erklärungsversuche zurück, ohne selbst eine Definition anzubieten. Da er ausführlich den Ökonomen Fritz Behrens zitiert, lässt dies den Schluss zu, dass er mit dessen Auffassungen im Wesentlichen konform geht. So recht kann Behrens meines Erachtens jedoch auch nicht befriedigen, denn er charakterisierte die DDR-Gesellschaft vor allem anhand ihrer kritikwürdigen Defizite. Eine Zugang zur DDR-Geschichte, dem Prokop in seinem Buche insgesamt nicht folgt. Er war zu einer Zeit, zu der sich vor allem die Frage nach den Ursachen des Untergangs der DDR stellte, verständlich. Aber sind damit der historische Platz der DDR und das Wesen ihrer Gesellschaftsordnung ausgewogen bewertet? Bei einer gleichermaßen kritischen Analyse würde kaum ein Staat der Welt eine gute Figur abgeben.

Vergleichbar äußert sich der Autor in dem Abschnitt über die Gründung der Bundesrepublik und die deutsche Frage zum Wesen der BRD. Er verweist auf das

¹ Siegfried Prokop: Probleme der Geschichte der DDR. Die Ulbricht-Ära (1950-1970) (= Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart Bd. 43), trafo Verlagsgruppe Dr. Wolfgang Weist, Berlin 2022, 410 S., 36,80 Euro.

Wechselverhältnis zwischen reaktionären, antikommunistischen Traditionslinien und der Implementierung von Strukturen der repräsentativen Demokratie nach anglo-amerikanischem Vorbild und gemäß den Weisungen der Besatzungsmächte. „Restaurative Neuordnung“ beschreibt diesen Prozess im Kern zutreffend.

Zudem erörtert Prokop in seiner Einleitung, wie die „Ära Ulbricht“ zeitlich zu bestimmen ist. Wenn wir uns auf solch eine personalisierte Chronologie einlassen, dann halte auch ich es für sinnvoll, deren Anfang mit Ulbrichts Wahl zum Generalsekretär auf dem III. Parteitag der SED zu setzen und deren Ende mit der 14. Tagung des Zentralkomitee im Dezember 1970, auf der er sich mit seinen Konzepten nicht mehr durchzusetzen vermochte.

Das in drei Kapitel gegliederte Buch befasst sich in Kapitel 1 mit der ersten Hälfte der fünfziger Jahre. Der Autor hebt mit Berufung auf Günter Gaus hervor, dass die DDR als Staat der kleinen Leute und der mit ihnen sympathisierenden Intelligenz gegründet wurde. Sie berief sich auf ihre antifaschistischen Wurzeln, manifestiert in den Resultaten einer die politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse grundlegend verändernden Umwälzung und auf die Friedensmission der in Berlin gegründeten Republik, die allerdings im Wettstreit der beiden deutschen Staaten potenziell erheblich benachteiligt war.

Wenn von der „Ära Ulbricht“ die Rede ist, dann waren die 1948/1949 in der SED eingeleiteten, als „Entwicklung zur Partei neuen Typs“ firmierten, am Vorbild der KPdSU(B) orientierten Maßnahmen zur kommunistischen Ausrichtung der Einheitspartei gewiss ein wichtiger Schritt ihrer Herausbildung. Ulbricht wurde die dominante leitende Figur dieses Prozesses. Das war verbunden mit der Durchsetzung der Führungsrolle der SED im 1945 gebildeten Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und der Preisgabe einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Wesentliche Impulse gingen dazu von den Beratungen mit der SED-Spitze aus, die zu dieser Zeit bei Stalin stattfanden. Begründet verweist Prokop auf die verheerenden Folgen der Stalinschen These von der „gesetzmäßigen Verschärfung des Klassenkampfes“ und der daraus gezogenen praktischen Konsequenzen, denen zahlreich aufrechte Kommunisten und Sozialdemokraten zum Opfer fielen. In diesem Zusammenhang sind auch die Ausführungen über den ambivalenten Umgang mit den in der DDR lebenden Juden von Interesse.

Es war allerdings auch Stalin, der in der Besprechung vom 18. Dezember 1948 die SED bremste, die forciert eine ostdeutsche Volksdemokratie anzusteuern gedachte. Denn er wollte die deutsche Frage weiterhin offenhalten. Es erstaunt indes etwas, dass Prokop hier nicht die von Badstübner und Loth edierten Aufzeichnungen Wilhelms Piecks, sondern Sekundärliteratur anführt. In der nach wie vor strittigen Bewertung der sogenannten Stalin-Note von 1952 mit dem Vorschlag eines Friedensvertrages mit Deutschland unterbreitet der Autor überzeugende Belege für die Ernsthaftigkeit dieses sowjetischen Vorstoßes. Erst nach Stalins Tod traten Vertreter der Parteiführung der KPdSU(B) für eine Kursänderung ein, die eine Preisgabe der DDR nicht ausschloss.

Begründet nehmen die im 17. Juni 1953 kulminierenden Ereignisse einen wichtigen Platz in diesem Buche ein, wobei der Autor vor allem deren innere Ursachen

betont. Ein Zusammenhang mit dem von der 2. Parteikonferenz verkündeten Aufbau der Grundlagen des Sozialismus und daraus abgeleiteten drastischen, die Interessen unterschiedlicher sozialer Gruppen verletzenden und ihre Lage verschlechternden Anordnungen ist zweifelsfrei gegeben. Doch wesentliche, die DDR weit überfordernde Maßnahmen – vor allem zur militärischen Aufrüstung – waren ihr von Moskau auferlegt.

Hingegen ist zu bezweifeln, dass der Beschluss über den sozialistischen Aufbau „auf der Basis von Richtlinien aus Moskau“ (S. 58) zustande gekommen sei. Ich sehe in Ulbricht den Inspirator, der erst kurz vor Eröffnung der Konferenz die Führungsgremien der SED mit dieser neuen Zielstellung überraschte. Die Eröffnungsrede Wilhelm Piecks enthielt nicht einmal ansatzweise einen Hinweis darauf, dass diese Konferenz eine gravierende strategische Entscheidung zu treffen habe. Erst eine Woche vor Konferenzbeginn hatte die SED-Führung mit einem Brief an Stalin vom 2. Juli dessen Zustimmung eingeholt. Am 8. Juli wurde dieses Schreiben auf Antrag der außenpolitischen Kommission im Politbüro der KPdSU(B) behandelt und ein Antwortschreiben beschlossen. In der allgemeinen Zustimmung zur Positionierung der SED gibt es jedoch keinen Bezug auf die Verkündung des Aufbaus des Sozialismus in der DDR. Stattdessen wurde die Ansicht geäußert, „dass es aus taktischen Erwägungen heraus zweckmäßig wäre, auf der Parteikonferenz zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu erklären, dass die Deutsche Demokratische Republik ein Staat der Volksdemokratie ist.“ Die KPdSU(B) übermittelte der Konferenz lediglich ein Begrüßungsschreiben. Hingegen war sie auf der 1. Parteikonferenz durch M. A. Suslow vertreten gewesen, der allerdings das Reden dem Vertreter der SMAD S. I. Tulpanow überlassen hatte. Auf dem III. Parteitag der SED hatte Suslow die Begrüßungsansprache selbst gehalten.

Was könnte Ulbricht zu diesem Husarenstreich bewogen haben? Leider hat er seine Motive nicht kundgetan. Natürlich war Sozialismus in Deutschland sein generelles Lebensziel. Im zeitgenössischen Zusammenhang darf wohl vermutet werden, dass er die DDR noch fester in den sowjetisch geführten Ostblock verankern wollte. Womöglich hatte er Informationen, dass Vertreter der Garantimacht UdSSR die DDR als Verhandlungsmasse mit den Westmächten in Betracht zogen, Positionen, die sich gegenüber einem sozialistischen deutschen Staat schwerer rechtfertigen ließen. In den Debatten nach dem XX. Parteitag der KPdSU wurde wiederholt kritisiert, dass der Beschluss über den Aufbau des Sozialismus an der Parteimitgliedschaft vorbei gefasst worden war, denn bis dahin hatten die Parteipropagandisten zu argumentieren, wieso im Unterschied zu den volksdemokratischen Staaten die gleichgelagerten Umwälzungsprozesse keinen sozialistischen Charakter trügen. In seinem abschließenden Resümee spricht auch Prokop davon, dass Ulbricht die Zustimmung zum planmäßigen Aufbau des Sozialismus in der DDR Stalin „abgeluchst“ habe (389).

Kapitel 2 beginnt mit einer Charakterisierung der Mitte der fünfziger Jahre eingetretenen, durch politische und militärische Polarisierung gekennzeichneten internationalen Lage, in der mit einer Überwindung der Spaltung Deutschlands auf unabsehbare Zeit nicht realistisch zu rechnen war, worauf sich beide Weltlager einrich-

teten. Diese Interpretation wird mit verschiedenen Akzentuierungen und gegensätzlichen Schuldzuweisungen innerhalb der Historikerzunft weitgehend geteilt. Prokop positioniert sich hier eindeutig: „Deutschland wurde im Ergebnis der Westintegration der Bundesrepublik gespalten, während die UdSSR und das SED-Regime von 1945/46 bis 1955 für die Einheit Deutschlands (bzw. seine Wiedervereinigung) gekämpft haben“ (141). Da wäre der Zusatz angebracht, dass der Osten seinerseits wiederholt Tatsachen geschaffen hatte, mit denen sich der Westkurs vor der Bevölkerung rechtfertigen ließ.

Nun wurde die Sicherung des Friedens durch die Koexistenz beider Systeme zur Hauptfrage.

Doch da löste 1956 der XX. Parteitag der KPdSU mit der sogenannten „Geheimrede“ Chruschtschows, die nicht lange geheim blieb, tiefe Erschütterungen in den sozialistischen Staaten und der kommunistischen Weltbewegung aus. Bezogen auf die SED spricht der Autor von einer – von ihm knapp behandelten – stalinistischen und einer antistalinistischen Opposition, der sein besonderes Interesse gilt. Die von Prokop wiedergegebenen Zeugnisse der Auseinandersetzungen an der Basis belegen, das zwar auch viele Missstimmungen in partiellen Fragen laut wurden, aber im Wesentlichen um essentielle Fragen von Sozialismus und Demokratie gerungen wurde, und zwar in berechtigter Sorge um die angestrebte sozialistische Gesellschaftsordnung und den Staat DDR. Schwieriger lässt sich erhehlen, inwieweit es sich mitunter dennoch um die Existenz der DDR in Frage stellende Angriffe handelte.

Während die Reformvorschläge auf dem Felde der Ökonomie nicht von der Parteiführung aufgegriffen, „als Reformismus“ stigmatisiert und manche ihrer Verfechter mit Strafen belegt wurden, kam es auf dem Gebiete der Rechtsprechung zu spürbaren Verbesserungen, und in beträchtlichem Maße wurden frühere politische Strafverfolgungen korrigiert und Parteifunktionäre rehabilitiert. Dabei hätte es die DDR bitter nötig gehabt, die auf eine nach ökonomischen Kriterien organisierte Volkswirtschaft zielenden Konzepte aufzugreifen.

Im zweiten Teil dieses Kapitels arbeitet der Verfasser sehr faktenbezogen das Spannungsverhältnis zwischen objektiven Hindernissen, dogmatischen Hemmnissen sowie illusionären Zielsetzungen und realen, den Lebensstandard verbessernden emanzipatorischen Fortschritten heraus. Indem Ulbricht die von Vizekanzler und BRD-Finanzminister Fritz Schäffer (CSU) an den ihm familiär vertrauten stellvertretenden DDR-Verteidigungsminister Vincenz Müller herangetragene Idee einer deutschen Konföderation aufgriff und fortentwickelte, gelang es ihm, ein wichtiges Thema der Deutschlandpolitik zu besetzen. Erst Durchbrüche gelangen in Richtung internationale Anerkennung der DDR und der Anbahnung diplomatischer Beziehungen zu Staaten der Dritten Welt. Die BRD reagierte mit der sogenannten Hallstein-Doktrin, die jedem Staat, der die DDR anerkannte, Sanktionen androhte. Gleichwohl wuchs das Ansehen der DDR im In- und Ausland und damit auch das Image Walter Ulbrichts.

Kapitel 3 befasst sich mit den sechziger Jahren, für den Verfasser die „erfolgreichste Periode in der DDR-Geschichte“, in der Ulbricht „einen Lernprozess

durchmachte“ (299). Der Bau der „Berliner Mauer“ wird vom Autor in seinen äußeren und inneren Aspekten behandelt. Er war einerseits das Eingeständnis, dass die von den sozialistischen Staaten betriebene Überholstrategie im Wettbewerb beider Systeme gescheitert war. Andererseits trug er der Pattsituation im Rüstungswettlauf der beiden Militärböcke und dem Bedürfnisse nach einer Stabilisierung des Status quo Rechnung. Dazu bedurfte es vor allem beiderseits akzeptierter, die Lage entspannender Regelungen an der deutsch-deutschen Grenze und in Kuba. Die inneren Aspekte waren gekennzeichnet durch eine Krise der DDR, die sich in verschiedensten Bereichen auswirkte und die „Republikflucht“ über die Maßen ansteigen ließ, verschärft durch Störmaßnahmen der Bundesrepublik und Westberlins, dem Willy Brandt die Rolle eines Pfahls im Fleische der sowjetischen Politik zuschrieb.

Im Folgenden führt Prokop zahlreiche Beweise dafür an, dass die DDR nach dem „Mauerbau“ eine sichtliche Stabilisierung erreichte. Das widerspiegelte sich auch im 1963 vom VI. Parteitag beschlossenen Programm, dessen Vorzüge und Grenzen er erörtert. Zu Recht wird hervorgehoben, dass sich die SED – und das heißt zuvörderst Ulbricht – den von Chruschtschow und in seinem Gefolge von den anderen sozialistischen Staaten eingeschlagenen Kurs auf einen unmittelbaren Übergang zum Aufbau des Kommunismus versagte. Das Programm der SED ging davon aus, dass dem „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ (wobei Prokop immer der Unterschied zwischen sozialistischem/staatlichem Eigentum und gesellschaftlichem/Gemeineigentum betont) eine längere Periode der Errichtung einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft folge. Sozialismus wurde nicht als niedere Phase des Kommunismus, sondern als eine relativ selbständige Gesellschaftsformation betrachtet.

Hier hätte Erwähnung verdient, wie eng für Ulbricht die programmatische Zukunftsorientierung mit dem Griff in die Geschichte verbunden war, denn das vom VI. Parteitag beschlossene Programm korrespondierte direkt mit dem unter Ulbrichts Leitung erarbeiteten „Grundriß“ der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, der von der 2. Tagung des Zentralkomitees bestätigt wurde. Er bildete die Leitschnur für die zum 20. Jahrestag der SED-Gründung erschienene achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, die Ulbricht als Vorsitzenden des Autorenkollektivs auswies. Ulbrichts hohe Erwartungen an die Vermittlung von Lehren der Geschichte waren ein hervorstechender Wesenszug seines Politikverständnisses. Nicht von ungefähr bezeichnete er Geschichte als seinen dritten Beruf.

Die BRD hingegen entbehrte und entbehrt über alle Legislaturperioden hinweg eines Gesamtkonzeptes der gesellschaftlichen Entwicklung. Im Vertrauen auf die Selbstregulierungskräfte des Marktes denken und handeln die wechselnden Regierungsparteien und Koalitionen allenfalls im Rhythmus von Legislaturperioden und setzten von Lobbyisten beeinflusste, wenn nicht gar entworfenen Reförmchen in Gang. Da lohnt es sich bei aller objektiven und subjektiven Begrenztheit über die Vorzüge eines in sich geschlossenen Gesellschaftsentwurfs nachzudenken.

In den folgenden Abschnitten geht der Autor auf die in den sechziger Jahren erzielten Fortschritte der DDR ein, im Bereich der Innen- wie auch der Außenpolitik (sowohl was die internationale Stellung der DDR als auch was ihren Platz im Integrationsprozess des RGW betrifft). In der als Kahlschlag-Plenum in die Geschichte eingegangenen 11. Tagung des ZK der SED vom Dezember 1965 sieht Prokop m.E. zutreffend eine Gegenattacke konservativer Führungskräfte mit Erich Honecker an der Spitze. Zwar ist auf diesem eigentlich zur Erörterung ökonomischer Fragen einberufenen Plenum auch Ulbricht auf die harten Kritiken an Kulturschaffenden und auf Erscheinungen in der Jugendszene eingeschwenkt. Doch ich teile die Meinung des Autors, dass diese Verdikte nicht der Grundrichtung Ulbrichtscher Politik entsprangen. Es spricht vieles dafür, dass er seine Reformpolitik nicht dem Vorwurf der Liberalisierung aussetzen und sie so gefährden wollte. Seine Energie widmete er vor allem der Einführung und Ausgestaltung des Neuen Ökonomischen Systems, das allerdings in diesem Buche an seiner Bedeutung gemessen ziemlich knapp behandelt wird. Das trifft auch auf die Rolle des Staatsrates der DDR zu, den Ulbricht nutzte, um – vorbei an Politbüro und Regierung – ihm wichtige Maßnahmen in Gang zu setzen.

Der letzte Teil befasst sich Prokop mit der oft beschriebenen Ablösung Walter Ulbrichts, auf die Honecker als Vertrauensmann Breschnews längerfristig hinarbeitete. Prokop räumt ein, dass aus Alters- und Gesundheitsgründen die Zeit für Ulbrichts Abdankung herangereift war. Hier indes wurde in einer Art Verschwörung Breschnew ersucht, Ulbricht zum Rücktritt zu bewegen. Der langjährige Erste Mann der DDR wurde kaltgestellt und mit seiner Reformpolitik gebrochen, der doch seinen Nachfolgern – so das Resümee des Autors – einen intakten Staat und eine intakte sozialistische Partei hinterlassen hatte.

Wie kaum ein anderer Verfasser stützt Prokop seine Recherchen und Einschätzungen auf authentische Zeugnisse von Zeitzeugen sowie auf statistische und weitere Befunde der realen Lage und der Entwicklungsprozesse, dargeboten in einer anschaulichen, gut lesbaren Sprache. Er lässt ein breites Spektrum von Autoren zu Worte kommen, die aufschlussreiche Informationen und Interpretationen zu historischen Ereignissen beigesteuert haben. So ist zu wünschen, dass Prokops Angebot aufgegriffen und sachkundig diskutiert wird.